

Stasi-Einschätzung über engagierte Künstler im Oktober 1989

DOKUMENT: BStU, MfS, HA XX/AKG, BI. 152-182

Veröffentlicht durch www.bpb.de/stasi – Copyright www.bstu.de

BStU

Archiv der Zentralstelle



MfS HA XX/AKG

Nr.

1494

Kopie BStU
AR3

Hauptabteilung XX/7

Schü (Berliner S. 2. 6. 1989)

Berlin, 9. 10.

Berlin, 7. 10. 1989

BStU

000152

E i n s c h ä t z u n g

der Lageentwicklung im künstlerischen Bereich sowie in den Massenmedien der DDR

Nach den im MfS vorliegenden Informationen unternehmen Künstler und Kulturschaffende in der Hauptstadt der DDR sowie in mehreren Bezirken, aber auch Mitarbeiter der zentralen Massenmedien vielfältige Anstrengungen, um auf, nach ihrer Meinung, unzureichende gesellschaftliche Zustände aufmerksam zu machen. Bei einer Vielzahl der bekanntgewordenen Äußerungen ist eine ernsthafte Besorgnis hinsichtlich der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR bestimmend. Schriftsteller, Kunst- und Kulturschaffende, Mitarbeiter des Rundfunks und Fernsehens der DDR nutzen hierfür zunehmend die Möglichkeit des Versendens von

"Resolutionen"

"Offenen Briefen"

"Erklärungen"

"Entschliebungen"

an die Parteiführung, zentrale staatliche Organe, Massenmedien der DDR, gesellschaftliche Gremien und weiterer nichtstaatlicher Einrichtungen.

Im Bereich der Unterhaltungskunst wurden von profilierten Rockformationen, Liedermachern sowie Gesangsinterpreten öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, wie Rockkonzerte, Liederabende, Darbietungen in Klub- und Kulturhäusern mißbraucht, um Pamphlete vollständig oder teilweise zu verlesen. In mehreren Fällen waren über 1.000 Personen, sehr häufig Jugendliche und Jungerwachsene, anwesend. Die Ausführungen der Künstler fanden beim Publikum regen Zuspruch, was mitunter durch politisch entstellende, widersprüchliche, aber auch diffamierende Einschätzungen bezüglich der politischen Führung des Landes und der zu verzeichnenden gesellschaftlichen Erscheinungen seitens der Künstler provoziert wurde.

Eingeleitete Überprüfungsmaßnahmen zu den bisher bekanntgewordenen Positionspapieren ergaben, daß diese in der Mehrzahl vor dem Zusammentreffen eines größeren Personenkreises von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen inhaltlich exakt vorbereitet waren. Diese Initiatoren, vor allem solche mit einem bedeutsamen künstlerischen Leistungsvermögen, politischer Glaubwürdigkeit und entsprechendem Einfluß, fanden schnell Gehör bei der Durchsetzung ihrer konzeptionellen Vorstellungen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Mitgliederversammlung des Berliner Bezirksschriftstellerverbandes am 14. 9. 1989, wo erstmals eine Resolution unter maßgeblicher Beteiligung der Schriftstellerin

Christa Wolf

eingebraucht und mit Mehrheit angenommen wurde. Die durchdachte inhaltliche Vorbereitung der Resolution und die angestrebte politische Zielstellung sei an zwei Sätzen daraus verdeutlicht:

"Angesichts der gegenwärtigen massenhaften Abwanderungen von DDR-Bürgern können wir offizielle Verlautbarungen nicht hinnehmen, die behaupten, nichts, aber auch gar nichts spreche für die Notwendigkeit einer Kurskorrektur. Es ist uns unerträglich, wie die Verantwortung für diese Situation abgeschoben wird, obwohl die Ursachen in nicht ausgetragenen Widersprüchen im eigenen Land liegen."

Seit der Annahme dieser Resolution ist mit fortschreitender Intensität eine solche Verfahrensweise im künstlerischen Bereich festzustellen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen im MfS Informationen zu über 20 eigenständigen Resolutionen bzw. Wortmeldungen an die Parteiführung, zentrale Staatsorgane und weiteren Einrichtungen vor.

In diesen Schreiben werden in kritischer, aber auch in verleumderischer bis hin zu feindlicher Art und Weise Forderungen nach Veränderung staatlicher Strukturen formuliert und die politische Führung der Gesellschaft durch die SED in Frage gestellt.

So kommt in einer Resolution aus dem Rundfunk der DDR zum Ausdruck, daß das Vertrauen gegenüber unserer Staatsführung schwindet und eine Identifikation mit ihr unmöglich geworden ist. Die Verfasser lehnen unter anderem ab:

- einen Staat, der seine Macht mißbraucht, um Systemstrukturen aufrecht zu erhalten, die von politischer und wirtschaftlicher Stagnation geprägt sind,

- eine Regierung, die unfähig ist, mit wertvoller Kritik umzugehen, diese ignoriert bzw. kriminalisiert und somit jeden konstruktiven Dialog ausschließt,
- eine Politik, die eine aktive gesellschaftliche Mitgestaltung nicht gestattet, Resignation erzeugt und bewirkt, daß Zehntausende junger Menschen dieser Gesellschaft den Rücken kehren, da sich ihrer Meinung nach keine Perspektive auf eine bessere Zukunft eröffnet.

Der Grundtenor der Mehrzahl aller Resolutionen besteht in der Behauptung, daß sich die DDR gegenwärtig in einer Krisensituation befindet, die Massenmedien nicht den Erfordernissen entsprechend wirksam werden und besonders öffentliche Diskussionen zu Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung nicht stattfinden. Was Inspiratoren von Resolutionen unter "öffentlicher Diskussion" verstehen, wird in der

"Resolution von Mitgliedern des VBK - DDR
Bezirk Berlin"

sichtbar.

"Wir fordern deshalb die öffentliche Diskussion der Probleme und die Einbeziehung aller Kräfte, auch der, die durch die gegenwärtige undemokratische Struktur an einer Mitwirkung gehindert und sogar als Staatsfeinde diffamiert und kriminalisiert werden." ...

Die genannte Resolution wurde laut internen Hinweisen in vollem Wortlaut in der BRD veröffentlicht. Im Rahmen des Vorgehens der Inspiratoren vorliegender Pamphlete ist zu erkennen, daß sie darum bemüht sind, der Partei treu ergebene Personen möglichst zu umgehen bzw. auszuschalten, mit Entstellungen und Halbwahrheiten arbeiten, um in kürzester Zeit eine große Anzahl von Personen für ihr Vorhaben zu gewinnen. Dabei wird auch ins Kalkül gezogen, materiell-technische Voraussetzungen in den Einrichtungen für Vervielfältigungszwecke zu nutzen. Da dies nicht in jedem Fall gelang, kam man überein, private Technik zu nutzen und Geldsammlungen für die Beschaffung entsprechender Materialien durchzuführen.

Zuverlässige Quellen des Ministeriums für Staatssicherheit berichteten darüber, daß am Deutschen Theater in Berlin bereits verfestigte Positionen zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse im Sinne des

"Aufbruch 89 - Neues Forum"

vorhanden sind.

Für die Durchsetzung der politischen Zielstellungen des genannten Pamphlets treten besonders die Schauspieler

Jutta Wachowiak

Thomas Neumann

Ulrich Mühle

ein. Internen Hinweisen zufolge nimmt hierbei der MOHE eine herausragend negative Position ein. Er wendet sich gegen das "Einparteiensystem" der SED und spricht Genossen unter vier Augen an, ob sie nicht aus der Partei austreten wollten, da sie die Ersten seien, die doch einmal zur Verantwortung gezogen würden. Er schlug unter anderem vor, unter dem Vorwand einer Veranstaltung über bildende Kunst, die hinlänglich bekannte

Bärbel Bohley

als Referentin an das Theater einzuladen. Nach den im MfS vorliegenden Informationen nutzte die Schauspielerin WACHOWIAK eine Zusammenkunft mit der Leiterin der Abteilung Kultur im ZK der SED,

Gen. Ursula Ragwitz.

um diese in entstellender Weise über die Situation am Deutschen Theater zu informieren und erwirkte die Möglichkeit des Mitstenografierens von Zusammenkünften am Deutschen Theater, wo politisch widersprüchliche Auffassungen geklärt werden sollten.

Nach Einschätzung von Quellen des MfS im künstlerischen Bereich findet die Führungsverantwortung der Abteilung Kultur im ZK der SED in der Arbeit mit Schriftstellern und Künstlern nicht immer konstruktiven Niederachlag. Aus Schriftstellerkreisen wurde hierzu bekannt, daß die Abteilungsleiterin Kultur im ZK der SED, Gen. RAGWITZ, bei einem Arbeitagespräch geweint haben soll. Dabei formulierte sie, daß sie zwischen dem Druck von "oben" und "unten" zerrieben wird. Zuverlässige Personen haben ferner darüber informiert, daß der Mitarbeiter der Abteilung Kultur im ZK der SED,

Gen. Ulrich Franz.

die Auffassung vertreten hat, daß er es für richtig halte, wenn die Genossen auf der "unteren Ebene" sich zu Problemen der gegenwärtigen Entwicklung in der Welt und in der DDR konsultieren und einen gemeinsamen Standpunkt finden.

Das sei umso notwendiger, da derzeit vom Politbüro an seine Abteilung keine Orientierungen gegeben werden.

Bei der Auswertung einer Beratung der Kulturkommission beim ZK der SED in einer Mitgliederversammlung der Parteiorganisation im Bezirksverband Potsdam des Schriftstellerverbandes der DDR wurde die von Genossen HAGER auf der Sitzung der Kulturkommission zurückgewiesene Kritik an den Massenmedien mit Zurufen, wie

"Dieser Demagoge Hager."

kommentiert. Weitere Ausführungen vom Genossen HAGER, wie

"Der Sozialismus wird kein Fiasko erleiden."

"Das Politbüro muß jetzt viele andere operative Fragen entscheiden, zum Beispiel ökonomische."

"Nach dem 7. Oktober kann man über manches nachdenken, vielleicht auch reden, evtl. über Fehler, Jugendproblematik usw."

riefen große Unruhe unter den anwesenden Parteimitgliedern hervor. Diese Aussage führte zu Äußerungen von namentlich nicht bekannten Personen, wie

"Ein Skandal nach dem 7. Oktober, da kann es zu spät sein."

In Vorbereitung einer Präsidiumssitzung des Komitees für Unterhaltungskunst am 11. 10. 1989, wo das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Genosse HAGER, eingeladen ist, wurde dem MfS zuverlässig bekannt, daß er gedrängt werden soll, seine Zustimmung für die Veröffentlichung der "Resolution der Unterhaltungskünstler" zu geben. Das Mitglied des FDJ-Zentralrates, der Sekretär für Kultur,

Genosse Philipp Dyck,

äußerte im internen Kreis, wenn dies nicht erreicht werde und sich die "Hermannlinie" raushält, er versuchen will, diese Resolution in der "Jungen Welt" unterzubringen. Der Partei trau ergebene Personen in diesem Bereich gehen davon aus, daß die Mehrheit der Präsidiumsmitglieder diese Forderungen gegenüber dem Genossen HAGER vertreten und bekräftigen werden.

Das in Berlin, Hauptstadt der DDR, begonnene, in Form und Inhalt differenzierte Vorgehen von Personen aus dem künstlerischen Bereich zur Darstellung und Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse hat sich inspirierend auf die Künstlerverbände in den Bezirken ausgewirkt. Diese Erscheinung wird durch nicht in jedem Fall vorhandene politisch zuverlässige Kader und dem sich daraus ergebenden mangelhaften bis schlechten politisch-ideologischen Wirksamwerden begünstigt.

Nach Einschätzung progressiver Künstler ist die politisch-ideologische Situation im Bezirksverband Bildender Künstler Dresden besonders unzureichend. Sie führen diesen Zustand in erster Linie auf ein bewußtes destruktives Wirken des Vorsitzenden des Bezirksvorstandes des Verbandes Bildender Künstler

B o c k , Dieter
Maler/Grafiker

zurück. Im Vorgehen des BOCK wird deutlich, daß er die Abteilung Kultur im ZK der SED und die Bezirksleitung der SED Dresden in Gesprächen mit ihm geeignet erscheinenden Personen versucht, gegeneinander auszuspielen. So gab er unter anderem zu verstehen, daß ein Gespräch mit der Genossin RAGWITZ eine Niederlage für die SED-Bezirksleitung Dresden gewesen sei, die weiter an seinem Stuhl "kratzen" wollte. Er hätte alle Forderungen durchsetzen können. Am 27. 9. 1989 verlas der Genannte in der Sekretariatsitzung des VBK Dresden den Aufruf

"Aufbruch 89 - Neues Forum"

sowie die

"Resolution der Unterhaltungs-
künstler der DDR".

Aus seiner Absicht, diese Pamphlete zu vervielfältigen und zu verbreiten, machte er keinen Hehl.

In einer Entschließung des Bezirksvorstandes Schwerin des Verbandes Bildender Künstler der DDR, gerichtet an die Parteiführung, wird von publizistischer Einseitigkeit der DDR gesprochen. Die Verhältnisse in der DDR werden unter anderem mit latenten Versorgungsmängeln, einer sich "sauchenhaft ausbreitenden moralischen Verwilderung" durch Schieber und Spekulanten charakterisiert. Die Unterzeichner bringen weiterhin zum Ausdruck, daß sie ganz besonders die Hinwendung vieler Jugendlicher zu faschistoiden Sprach- und Verhaltensweisen bedrückt. Parteimitglieder dieses Bezirksverbandes fordern, in Übereinstimmung mit Parteilosen, einen "offeneren, freimütigeren und konstruktiveren" Dialog.

Die in der Einschätzung des MfS ausgewiesenen Erkenntnisse zur Lageentwicklung im künstlerischen Bereich sowie in den Massenmedien der DDR basieren auf Informationen von zuverlässigen und überprüften Quellen. An der weiteren Aufklärung der dargelegten Sachverhalte und Erscheinungen, besonders der Pläne und Absichten von Inspiratoren und Organisatoren wird gearbeitet.

Anlage

BStU
000159

Anlage

Aufstellung über Zusammenkünfte/Ergebnisse im kulturellen Bereich und in den Massenmedien der DDR

- 14. 09. 1989 Mitgliederversammlung des Bezirksschriftstellerverbandes Berlin des Schriftstellerverbandes der DDR (SV)
Annahme einer Resolution

- 18. 09. 1989 Zusammenkunft von Unterhaltungskünstlern, hauptsächlich Rockmusikern,
Annahme einer Resolution
(Anzahl der Unterzeichner - Stand: 7.10.1989 über 500 Personen)

- 19. 09. 1989 Veranstaltung des Bezirksschriftstellerverbandes Potsdam des SV der DDR
mehrheitliche ABLEHNUNG einer Resolution

- 26. 09. 1989 Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaftsgruppe künstlerisches Personal und Vertrauensleute des Deutschen Theaters Berlin
mehrheitliche Annahme eines "Offenen Briefes an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR"

- Parteigruppenberatung der Parteigruppe Jugendradio DT 64 des Rundfunks der DDR
Annahme einer Erklärung an die Zentrale Parteileitung des Rundfunks der DDR

- 27. 09. 1989 Zusammenkunft des Bezirksvorstandes Rostock des Verbandes Bildender Künstler der DDR (V
Annahme einer Resolution

- Zusammenkunft des Bezirksvorstandes Schwerin des VBK der DDR
Annahme einer "Entscheidung"

- Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaftsgruppe des Rundfunkinfonieorchesters
Annahme einer Resolution an die Leitung des Rundfunks der DDR

- 28. 09. 1989 Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaftsgruppe Produktion Jugendradio DT 64
Annahme einer Erklärung an die Leitung des Rundfunks der DDR

- Vollversammlung der Gewerkschaftsorganisation des Puppentheaters Berlin
Annahme einer Resolution

- 28. 09. 1989 Gewerkschaftsversammlung der Gewerkschaftsgruppe des Verlages Edition Leipzig
Annahme eines "Offenen Briefes"
- 29. 09. 1989 Zusammenkunft im künstlerischen Bereich des Berliner Ensembles
Annahme einer Resolution

Zusammenkunft von Mitgliedern der Zentralen Kommission Literatur beim Kulturbund der DDR
Solidarisierung mit Unterschriftensammlung zur "Resolution der Unterhaltungskünstler"
- 02. 10. 1989 Zusammenkunft von Mitgliedern des Bezirksverbandes Berlin des VBK der DDR
Annahme einer Resolution (181 Erstunterzeichner)
Das Sekretariat des Bezirksvorstandes Berlin des VBK der DDR hat sich am 3. 10. 1989 dieser Resolution angeschlossen.
(Anzahl der Unterzeichner - Stand: 7.10.1989 über 400 Personen)
- 03. 10. 1989 Gewerkschaftsversammlung des Berliner Sinfonieorchesters (BSO)
Annahme einer Resolution
(von 125 Anwesenden des BSO stimmten 117 für die Resolution)

Gewerkschaftsversammlung in der Studio-technik Rundfunk
Annahme eines Entwurfs für eine "Eingabe" an den XII. Parteitag der SED
- 04. 10. 1989 Versammlung der Sektion Darstellende Kunst in der Akademie der Künste der DDR
Annahme einer "Erklärung"

Versammlung im Theater Volkabühne
Annahme einer "Willenserklärung"
(350 Erstunterzeichner)

Belegschaftsversammlung des Theaterensembles der Stadt Schwedt
Annahme eines "Offenen Briefes"
- 05. 10. 1989 Zusammenkunft im Berliner Kabarett "Die Distel"
Zustimmung zur Erklärung des Berliner Ensembles vom 29. 9. 1989

- 05. 10. 1989

Der Intendant des Deutschen Theaters Berlin verfaßt einen "Offenen Brief" an den Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker

Zusammenkunft des Jugendkollektive "Schicht 2"/Sendebetrieb der Studio-technik Rundfunk
Annahme einer Resolution

- 06. 10. 1989

Zusammenkunft von Mitarbeitern des Senders "Radio Berlin International" (RBI) im Rundfunk der DDR
Annahme einer Erklärung

Bei den aufgeführten Resolutionen, wo nicht ausdrücklich auf einen Empfänger hingewiesen wird, sind als Adressaten zentrale staatliche Organe angegeben.

Domin

200

7900

- 14. 9. 89 Mitgliederversamml. d. Bezirksratungstellerschl. Berlin
Annahme eines Beschlusses (Wahl)
- 18. 9. 89 Zusamment. u. Künstlerhauptversamml. Rostocker
Annahme eines Beschlusses
- 19. 9. 89 Zusamment. Bezirksratungstellerschl. Berlin
Ablehnung eines Beschlusses
- 26. 9. 89 Versamml. Gewerksch. Gruppe Kunstlerischer Personal
u. Vertrauensleute DT
Annahme eines offenen Briefs an den Vorstand, 700
- 26. 9. 89 Beratung PG Jugendratung DT 64
Annahme eines Entschlusses an die Zentral PL des Bundes.
- 27. 9. 89 Zusamment. Bezirksratungstellerschl. Rostock
Annahme eines Beschlusses
- 27. 9. 89 Zusamment. Bezirksratungstellerschl. Solingen
Annahme eines "Entschlusses"
- 27. 9. 89 Gewerk. Gruppe Rostocker Ratungstellerschl. Rostock
Annahme eines Beschlusses an die Ratungstellerschl.
- 28. 9. 89 Gewerksch. Gruppe Produktion Jugendratung DT 64
Annahme Entschlusses an die Ratungstellerschl.
- 28. 9. 89 Vollversammlung. Gewerkschafts 30 Puppentheater Bln
Annahme Beschlusses
- 28. 9. 89 Gewerksch. Gruppe. Verlag Edition Leipzig
Annahme d. offenen Briefs

BStU
000162

- 2.9.89 Künste, Bereich BE / Zusammenkunft
Annahme einer Resolution
- 2.9.89 Zus.kunft Mitgl. d. Zentralen Kommission Literatur beim KB der DDR
Solidarisierung mit Resol. d. Kunst
- 2.10.89 Zus.kunft v. Mitgl. BV Berlin des VBK
Annahme Resolution
Sekretariat d. BV hat sich einen
Tag später angegeschlossen
- 2.10.89 Zus.kunft Sektion Gesangsensemble vom KFKK
Stellungnahme der Sektionsleitung
zur gegenwärt. pol. Situation
29.8.89 ~~abgelehnt~~ - zu lesen
Bestimm. zur Resolution v. 18.9.
- 3.10.89 Gewerksch. 2000, Bereich Einführer. BSO
Annahme einer Resolution
- 3.10.89 Gewerkschaftsprofess. Studientechn. Berufshilf
Entwurf einer Eingabe an den III. PT
(Annahme)
- 4.10.89 Versammlung der Sektion Darstell. Kunst in der Stadt der Künste
Annahme einer Erklärung
- 4.10.89 Versammlung im VB (Volkshäuser)
Annahme einer Erklärung
- 4.10.89 Belegschaftsversammlung Theater Schwedt
Annahme einer offenen Briefe

BStU
000163

- 5.10.89 Zusammenkunft "Die Distel"
Zustimmung der Erklärung des
BE vom 29.9.89
- 5.10.89 Inlenstome DT
Offener Brief an Gen. Krensch
- 5.10.89 Zusammenkunft Jugendkollektiv Schmidt / Jugendbeiräte
Annahme einer Erklärung Resolution
Industrieunion Rheinland
- 6.10.89 Zusammenkunft HfF Radio Berlin International
Annahme einer Erklärung
- 5.10.89 die Mitglieder des TIP unter Regie des Parteizentrum
Annahme einer Resolution
(Sorge um weitere Entwicklung, Koordination
Medienpolitik, Formel, offener Dialog
mit allen Kreise der Gesellschaft)

BStU
000164

Hauptabteilung XX/7

Berlin, 15. 10. 1989

gefertigt: 5 Exemplare
4. ExemplarE i n s c h ä t z u n gder Lageentwicklung im künstlerisch-kulturellen Bereich
sowie in den Massenmedien der DDR

Die Lage unter Kunst- und Kulturschaffenden sowie Medienmitarbeitern wird nach wie vor von größtenteils kontrollierten Diskussionen zur Politik der Partei, den in der Erklärung des Politbüros des ZK der SED vom 12. 10. 1989 dargelegten Problemen und den künftig zu lösenden Aufgaben gekennzeichnet.

Während im Medienbereich konstruktive, von der Sorge um den Erhalt und die Weiterentwicklung des Sozialismus in der DDR getragene Gedanken und Meinungen überwiegen, sind Aktivitäten bestimmter Künstler und Schriftsteller von Destruktivität, Haß und Abneigung gegen das MfS und die Volkspolizei und andere Machtorgane des Staates gekennzeichnet. Als Vorwand für entsprechende verdeckte oder offen feindliche Aktivitäten dienen die Maßnahmen gegen Provokateure und Rowdys am 7. 10. und 8. 10. 1989.

Durch Gespräche leitender Mitarbeiter der Massenmedien mit Mitgliedern von Kollektiven und Gewerkschaftsgruppen konnten bestehende Probleme, die sich zu Risikofaktoren innerhalb einzelner Bereiche entwickelt hatten, weitestgehend abgebaut werden (Beispiel: Gespräch Genosse Achim Becker - Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Rundfunk - mit den Mitgliedern des Rundfunksinfonieorchesters). In der Leitung des Rundfunks der DDR werden konkrete Vorstellungen zu einer lebensnahen Medientätigkeit wie

1. Im Rundfunk sollen Menschen zu Wort kommen, die sich durch ehrliche und fleißige Arbeit auszeichnen und an der Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR interessiert sind. Kritische Meinungsäußerungen sollen mit in das Programm eingearbeitet werden.
2. Einarbeitung von Kommentaren und Berichten der Bezirkskorrespondenten, beispielsweise über Ereignisse vor und nach dem 7. 10. 1989.
3. Mit noch größerer Schärfe ist den Angriffen der Westmedien zu begegnen.

umgesetzt.

Es gibt andererseits, insbesondere im ADN, sich weiter verstärkende Auffassungen, daß die in der Erklärung des Politbüros des ZK der SED vom 12. 10. 89, ausgesprochene Forderung nach lebensnahen Medien jetzt auf die Medienmitarbeiter zurückschlägt und nicht auf die Verantwortlichen, die die entsprechenden Weisungen erteilt haben.

In einer in der APO-Versammlung des Bereiches Technik im ADN am 12. 10. 1989 angenommenen Resolution wird dazu u. a. zum Ausdruck gebracht, daß

- "die Genossen enger zusammenrücken, um den politischen Schaden, der durch die Handlungsunfähigkeit unserer Parteiführung hervorgerufen wurde, zu begrenzen,
- Parteidisziplin nicht länger verstanden werden darf als unkritische Unterordnung,
- der Führungsanspruch unserer Partei neu erkämpft werden muß und Selbstgefälligkeit dabei ein schlechter Ratgeber sei.

Die Gewerkschaftsgruppe der Abteilung Fernseh dramatik des DDR-Fernsehens, zu der prominente Schauspieler, Regisseure und Dramatiker gehören, sprach sich am 14. 10. 1989 in einer Resolution für die verantwortungsbewußte Überwindung von Hemmnissen in der Arbeit dieses Bereiches aus. Grundsätze und Strukturen der Medienpolitik müßten grundlegend verändert werden.

Laut vorliegenden operativen Hinweisen gibt es im Medienbereich vereinzelte Beispiele für die Solidarisierung mit den Zielstellungen des "Neuen Forum". In einer Beratung des Leiters der Studiotechnik Rundfunk mit den Mitgliedern der Schicht 2/ Sendebetrieb der Studiotechnik Rundfunk (Jugendkollektiv) befürworteten mehrere Angehörige die Positionen des "Neuen Forum" und kündigten weitere Diskussionen dazu an. Hierzu sind verstärkte politisch-operativ Kontrollmaßnahmen mit dem Ziel der Unterbindung feindlicher Aktivitäten, einschließlich möglicher Auswirkungen auf den Sendebetrieb, veranlaßt.

Die politisch-operative Lageentwicklung im künstlerisch-kulturellen Bereich wird gegenwärtig dadurch bestimmt, daß oppositionelle und feindlich-negative Kräfte massive Versuche unternehmen, Ansätze zu einer sachlichen, von politischer Verantwortung getragenen Diskussion über die nächsten Aufgaben durch die Entfachung von Hysterie über angebliche Exzesse der Sicherheitsorgane am 7. 10. und 8. 10. 1989 im Keime zu ersticken.

Darin eingebettet sind Versuche einiger Künstler und Schriftsteller, programmatische Forderungen zu erheben, die die Existenz der sozialistischen Gesellschaft der DDR in Frage stellen.

Kennzeichnend hierfür sind die Aktivitäten zur Vorbereitung und Durchführung einer Zusammenkunft von Gewerkschaftsvertretern aus dem gesamten Theaterbereich der DDR am 15. 10. 89 von 11.00 bis 14.00 Uhr im Deutschen Theater Berlin.

Mit der Abfassung einer Resolution, deren Ziel in einer massiven Verunglimpfung der Schutz- und Sicherheitsorgane besteht, wurde der inhaltliche Rahmen der Veranstaltung vorgegeben.

Maßgebliche Inspiratoren dieser feindlichen Absichten, wie die Schauspieler des Deutschen Theaters

M ü h e, Ulrich
erfaßt für BV Berlin, Abt. XX

und N e u m a n n, Thomas
erfaßt für BV Berlin, Abt. XX

haben Personen, sogenannte "Märtyrer" aus Berlin und Bezirken der DDR eingeladen, die über ihre "Erlebnisse" mit den Sicherheitsorganen berichteten.

Internen Hinweisen zufolge ließ sich das Mitglied des ZK der SED und Präsident der Akademie der Künste der DDR,

Prof. W e k w e r t h, Manfred

direkt in die Vorbereitung dieser Veranstaltung einbeziehen.

Den Überlegungen der Initiatoren, eine lückenlose öffentliche Aufklärung und Bestrafung der Verantwortlichen bis hin zu den Ausführenden zu fordern, entgegnete WECKWERTH lediglich, nochmals über Formulierungsfragen nachzudenken. Seiner Auffassung nach müßten die Schutz- und Sicherheitsorgane als sogenannte "Gegenseite" erscheinen. Die Resolution müsse so gehalten werden, daß seinerseits keine öffentliche Distanzierung in der Folge notwendig sei.

In ähnlicher Weise artikulierten sich Mitglieder des Verbandes Bildender Künstler (VBK) der DDR auf einer außerordentlichen Tagung des Bezirksvorstandes Berlin des VBK.

Neben der Verabschiedung einer Protestresolution gegen die "unverhohlene Brutalität" der Polizei- und Sicherheitskräfte wurden in Diskussionen angebliche Beispiele für die "Eskalation der Gewalt" seitens der Sicherheitsorgane herbeigeredet.

In besonderem Maße aggressiv trat

Prof. R a u m, Hermann
Mitglied des Präsidiums des VBK
Mitglied der SED
erfaßt für BV Berlin, Abt. XX

in Erscheinung.

In seinem Diskussionsbeitrag zweifelte RAUM die Rechtsstaatlichkeit der DDR an und versuchte, die Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane verächtlich zu machen. Sein Auftreten gipfelte in der Forderung, daß Vertreter der Schutz- und Sicherheitsorgane im VBK Rechenschaft über ihr Auftreten ablegen sollen und zu den Zusammenkünften im VBK ständig Vertreter von Westmedien einzuladen.

Es ist vorgesehen, daß am 16. 10. 1989, 14-00 Uhr, durch Beauftragte des Polizeipräsidenten von Berlin in den Räumen des Polizeipräsidiums ein Gespräch mit Mitgliedern des Bezirksvorstandes Berlin des VBK zu dieser Problematik geführt wird.

Wie im Verband Bildender Künstler spielten auch auf der Präsidiumssitzung des Schriftstellerverbandes der DDR am 12. 10. 1989 Proteste gegen angebliche Repressalien der Sicherheitsorgane eine bedeutsame Rolle. In einer Erklärung des Verbandspräsidiums wird u. a. zum Ausdruck gebracht, daß "besorgte Haltungen und Äußerungen nicht unterdrückt und kriminalisiert werden dürfen".

Ähnliche Ausfälle gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane unternahmen einzelne Schriftsteller während der Mitgliederversammlung des Bezirksschriftstellerverbandes Potsdam am 10. 10. 1989. Hierbei bezog insbesondere der Schriftsteller

M e c h t e l, Hartmut
erfaßt für BV Potsdam, Abt. XX

eine negative Position, indem er versuchte, ein Bild furchtbarsten Terrors, von Folterungen, Schikanen, Niederknüpfungen seitens der Schutz- und Sicherheitsorgane gegen Demonstranten am 7./8. 10. 1989 zu geben.

Versuche des Verbandsmitgliedes

R i c h t e r, Manfred
erfaßt BV Potsdam, Abt. XX

eine von den Mitgliedern des Bezirksverbandes Potsdam verabschiedete Resolution, die sich mit derzeitigen Problemen in der DDR kritisch auseinandersetzt, im Rahmen einer Exkursion den Arbeitern des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg zu erläutern, wurden durch progressive Kräfte unterbunden.

Erkennbar ist, daß die Schriftstellerin

W o l f, Christa

und deren Ehemann

W o l f, Gerhard
beide erfaßt HA XX/7

bei der Sammlung von "Beispielen", die die Schutz- und Sicherheitsorgane verunglimpfen sollen, keine unwesentliche Rolle spielen.

Gegenseitiger Austausch von "Erkenntnissen", permanente Konsultierung von Gleichgesinnten, wobei Emotionen aufgeheizt werden, charakterisieren das Vorgehen der Genannten und der Personen ihres unmittelbaren Umgangskreises.

Auf der Veranstaltung "Temperamente - Matinee" am 10. 10. 1989 verlas die Schriftstellerin

S t r u z y k, Brigitte
Abt. XII; nicht erfaßt

einen "Offenen Brief" an den Präsidenten des Schriftstellerverbandes der DDR, Hermann KANT. Sie wendet sich gegen sogenannte willkürliche Polizeiaktionen und wahllose Verhaftungen. Die STRUZYK gibt vor, daß diese Erscheinungen dazu geführt haben, daß sie sich dem "Neuen Forum" angeschlossen hat und dort aktiv mitarbeitet.

Von oppositionellen Kräften unter Schriftstellern werden bereits konzeptionelle Gedanken zur Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen- und Machtstrukturen konzipiert.

Nach den in der HA XX/7 vorliegenden Informationen hat die Pressekommission des Berliner Schriftstellerverbandes ihre Tätigkeit begonnen.

Unter Führung des

Herzberg, Wolfgang
1055 Berlin, Cotheniusstr. 8
(Bruder des Sängers der Rockgruppe "Pankow",
André Herzberg)
erfaßt für BV Berlin, Abt. XX

wurden erste Thesen für einen Programmentwurf der als Antrag an das nächste ZK-Plenum und an den XII. Parteitag der SED weitergeleitet werden soll, erarbeitet.

Das genannte Gremium entwarf zunächst

"Thesen für eine Reform der Massenmedien der DDR".

Die Verfasser untergliederten ihr Pamphlet in folgende Unterpunkte:

1. Zur Kritik der Massenmedien
2. Welche Thesen müssen permanent diskutiert werden
3. Welche organisatorischen Veränderungen der Massenmedien sind notwendig
4. Wie kann die Qualität der Zeitungs-, Funk- und Fernsehjournalismus erhöht werden.

Die angestrebte politische Zielstellung soll an nachgenannten konzeptionellen Vorstellungen der Pressekommission verdeutlicht werden:

- Wie können und müssen die beiden deutschen Staaten, im Herzen Europas sich so weit wie möglich annähern, ohne die jeweilig andere Gesellschaftsordnung eliminieren zu wollen.
- welche Gesellschaftskonzeption benötigt die DDR bis zum Jahre 2000, um einen modernen, attraktiven, alternativen Sozialismus mit allen Bevölkerungsschichten zu gestalten. Ist hier eine grundsätzliche Kurskorrektur nötig.

- wie könnte ein Stufenplan zur Reform des DDR-Sozialismus aussehen. In welcher Reihenfolge müssen die Reformen und in welche Art und Weise, mit welchen Konzeptionen erfolgen?
- wie muß die Staats- und Rechtsordnung umgestaltet werden?
- Brauchen wir unter Umständen wirklich neue Parteien und Organisationen?
- wieviel Planwirtschaft brauchen wir, um sozialistische, gesamtgesellschaftliche Steuerung durchzusetzen, wieviel Marktwirtschaft und Kooperation mit dem Westen?
- wie müssen und können alle kulturellen und künstlerischen Institutionen reformiert werden, um sie autonomer, selbstverantwortlicher und damit schöpferischer zu machen?

Die Kommission betrachtet folgende organisatorische Veränderungen der Massenmedien für notwendig:

- Rundfunk- und Fernsehanstalten sind in Körperschaften öffentlichen Rechts umzuwandeln, um sie von Staat und Partei unabhängiger zu machen;
- Es sind Rundfunk- und Fernsehbeiräte zu gründen, die sich aus Vertretern aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzen, einschließlich neuer Gruppierungen;
- Es müssen auch private Funk-, Schallplatten, Fernsehstudios und Videoproduktionen möglich werden;
- Die Ausbildung der Journalisten ist entscheidend zu verbessern. Dabei ist mit westlichen Medien kritisch zu kooperieren;
- Es ist in den großen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu sichern, daß die Journalisten unabhängiger, ohne Zensur arbeiten können.

Es ist vorgesehen, diese Thesen zunächst innerhalb des Vorstandes des Berliner Bezirksschriftstellerverbandes zur Diskussion zu stellen. Sie wurden intern beschafft und liegen im Wortlaut vor.

Verteiler:

1. Ex. Leiter der HA XX
2. Ex. Oberst Krull
3. Ex. HA XX/AKG
- 4., 5. Ex. HA XX/7

4173660 189

in 17/11/90 27/89

HA XX, Leiter

Alis

BStU
000172

I

16. Oktober 1989

BStU

000173

I n f o r m a t i o n

Über beachtenswerte Aspekte der aktuellen Lage im Bereich Kunst/
Kultur

Dem MfS vorliegenden Hinweisen zufolge nehmen unter Kunst- und Kulturschaffenden sowie Medienmitarbeitern Diskussionen zur Politik der Partei, zur Erklärung des Politbüros des ZK der SED vom 12. 10. 1989 sowie zu künftig zu lösenden Aufgaben großen Raum ein, wobei die Diskussionen größtenteils kontrovers verlaufen.

Während im Medienbereich konstruktive, von der Sorge um die Weiterentwicklung des Sozialismus in der DDR getragene Gedanken und Meinungen überwiegen, sind Auftreten und Verhaltensweisen von breiten Kreisen der Künstler und Kulturschaffenden zunehmend von Destruktivität sowie von Angriffen gegen die Partei, die Lage in der Republik und - besonders auf die letzten Tage bezogen - gegen die Schutz- und Sicherheitsorgane gekennzeichnet.

In den letzten Tagen verstärken sich Hinweise darüber, daß feindliche, oppositionelle und andere negative Kräfte im Bereich Kunst/Kultur massive Versuche unternehmen, Ansätze zu einer sachlichen, von politischer Verantwortung getragenen Diskussion über die nächsten Aufgaben durch die Entfachung von Hysterie über die Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane am 7. 10. und 8. 10. 1989 im Keime zu ersticken.

Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Versuche von Künstlern und Kulturschaffenden, programmatische Forderungen zu erheben, die die Existenz der sozialistischen Gesellschaft der DDR in Frage stellen.

Dazu im einzelnen: Am 15. Oktober 1989 fand in der Zeit von 11.00 Uhr bis 14.30 Uhr auf Einladung der Gewerkschaftsgruppen der Berliner Theater und des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Kunst eine Zusammenkunft von Kunst- und Kulturschaffenden im Deutschen Theater statt. Anwesend waren ca. 800 Personen, unter ihnen der stellvertretende Minister für Kultur, Genosse Siegfried Böttger, der Vorsitzende des Verbandes der Theaterschaffenden der DDR und Mitglied des ZK der SED, Genosse Hans-Peter Minetti, und der Vorsitzende des Zentralvorstandes der Gewerkschaft Kunst, Genosse Herbert Bischoff.

Bereits vor dieser Zusammenkunft war deutlich geworden, daß oppositionelle Kräfte unter Schauspielern des Deutschen Theaters (Mühe, Ulrich; Neumann, Thomas) versucht hatten, durch die Vorbereitung einer Protestresolution dieser Veranstaltung den Charakter eines "Tribunals" gegen die Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane am 7. und 8. 10. 1989 zu geben.

Die Schauspieler Schall, Johanna, und Neumann, Thomas, Leiter der Diskussion, erklärten zum Ziel der Versammlung, sich gegenseitig zu informieren und sich zu artikulieren, damit sie - die Theaterschaffenden - nicht nur zu "Stichwortgebern" in der nun beginnenden Diskussion genutzt würden. In der darauffolgenden Diskussion sprachen 19 Teilnehmer, die sich bis auf den Beitrag des Genossen Hans-Peter Minetti gegen den gegenwärtigen Kurs der Politik von Partei und Regierung aussprachen.

(Gen. Minetti, der die Politik des Theaterverbandes verteidigte, wurde von den Anwesenden zum Teil ausgepiffen.)

Die Teilnehmer dieser Zusammenkunft nahmen eine von HAMBURGER, Mike (Dramaturg am Deutschen Theater) vorgetragene Resolution an, in der eine öffentliche Untersuchung der angeblichen Übergriffe der Volkspolizei und des MfS am 7. und 8. 10. 1989 gefordert wird. Diese Resolution wurde auch vom stellvertretenden Kulturminister, BÖTTGER, Siegfried, unter zustimmendem Beifall unterzeichnet (der Wortlaut der Resolution wurde im ADN vom 15. 10. 89 veröffentlicht).

Im weiteren Verlauf der Zusammenkunft wurden - wie auch im ADN vom 15. 10. 1989 veröffentlicht - von Teilnehmern Resolutionen ihrer Ensembles verlesen und zur Teilnahme aufgefordert

- zu "friedlichen Demonstrationen" am 4. 11. 1989 in Berlin (von der Mollstraße zum Schauspielhaus) und anderen Städten der DDR gegen die derzeit praktizierte Medienpolitik der DDR und für Pressefreiheit,
- zu einer großen "Matinee" aller Berliner Theater am 21. 12. 1989 - dem Geburtstag Stalins - zur öffentlichen und im Fernsehen der DDR als Direktübertragung ausgestrahlten "Erörterung" der aktuellen politischen Situation in der DDR.

In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß Rechtsanwalt GYSI mit weiteren Rechtsanwälten an einer Reformierung des Strafgesetzbuches arbeite.

Weiteren Hinweisen zufolge wurde auch auf einer außerordentlichen Tagung des Bezirksvorstandes Berlin des Verbandes Bildender Künstler eine "Protestresolution" gegen die Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane, maßgeblich initiiert durch Prof. RAUM, Hermann, SED, Mitglied des Präsidiums des VBK, verabschiedet, in der u. a. eine öffentliche Rechenschaftslegung durch diese Organe gefordert wird.

Wie im Verband Bildender Künstler spielten auch auf der Präsidiums-sitzung des Schriftstellerverbandes der DDR am 12. 10. 1989 "Proteste" gegen angebliche Repressalien dieser Organe eine bedeutsame Rolle. In einer Erklärung des Verbandspräsidiums wird u. a. zum Ausdruck gebracht, daß "besorgte Haltungen und Äußerungen nicht unterdrückt und kriminalisiert werden dürfen".

Weiteren Hinweisen zufolge werden von bestimmten Kräften des Berliner Schriftstellerverbandes unter maßgeblicher Führung des HERZBERG, Wolfgang, konzeptionelle Gedanken - wie es heißt der "Pressekommission des Berliner Schriftstellerverbandes" - zur Veränderung der gesellschaftlichen und Machtstrukturen konzipiert. Es wurden erste Thesen für einen Programmentwurf, der als Antrag an das nächste ZK-Plenum und an den XII. Parteitag der SED weitergeleitet werden soll, erarbeitet ("Thesen für eine Reform der Massenmedien der DDR). (Wörtliche Passagen aus dem Entwurf dieser Thesen werden als Anlage 1 beigelegt.)

Es ist vorgesehen, diese Thesen zunächst innerhalb des Vorstandes des Berliner Bezirksschriftstellerverbandes zur Diskussion zu stellen.

Am 15. 10. 1989 fand in der Zeit von 18.00 bis ca. 21.30 Uhr in der Erlöserkirche in der Hauptstadt der DDR, Berlin, eine Veranstaltung unter dem Thema: "Konzert gegen Gewalt und für die gequälten, geschundenen Verfolgten" unter Teilnahme von ca. 2 000 Personen, vorwiegend Jugendliche und Jungerwachsene, unter Leitung von Marianne BIRTHLER (Stadtjugendpfarramt Berlin) statt. Ziel der Veranstaltung war die Solidarisierung mit den am 7. und 8. 10. 1989 "rechtswidrig" durch die Sicherheitsorgane zugeführten Personen.

Anwesende Rockgruppen und Liedermacher trugen Titel ihres Repertoires vor, wobei insbesondere von den Liedermachern Bezüge auf das Veranstaltungsmotto hergestellt wurden. Zwischen den einzelnen musikalischen Darbietungen wurden Texte und Resolutionen verlesen sowie auf weitere Veranstaltungen hingewiesen.

An dieser Veranstaltung waren die Liedermacher Kurt DEMMLER, Jörg RUNGE, Arno SCHMIDT, Thomas KREMER, Jürgen EGER, Angelika WEIZ, Toni KRAHL (von der Gruppe "City"), Bernd RÖMER (Gitarrist der Gruppe "Karat"), Ralf SCHMIDT ("IC"), Mitglieder der Gruppen "Pankow", "Norbert BISCHOFF", "Die Wilderer" sowie die Gruppen "Silly", "Die Zöllner", "Liederfirma TIETZE", "Bio" beteiligt.

Moderiert wurde das Programm von Gina PIETSCH und Dietmar HALBHÜBER (Liedermacher).

Durch die PIETSCH wurde ein sog. Protokoll über die "Zuführung" des Liedermachers Jörg RUNGE vorgetragen. Darin wurde "das unmenschliche Vorgehen" der Sicherheitsorgane am 7. 10. 1989 "angeprangert".

Die PIETSCH informiert die Teilnehmer, daß der Liedermacher Gerhard SCHÖNE nicht an der Veranstaltung teilnimmt, da er sich auf einer Tournee befindet, aber von seinen am 7. 10. 1989 erhaltenen Nationalpreis 10 000,- M für die Kirche in Gotha und 10 000,- Mark für die heutige Veranstaltung in der Erlöserkirche gespendet habe. Darüber hinaus forderte sie die Anwesenden auf, beim Verlassen der Kirche für die Inhaftierten Geld zu spenden.

Im Verlauf der Veranstaltung wurden Resolutionen, die in der Humboldt-Universität Berlin und im Deutschen Theater angenommen wurden und in denen eine öffentliche Untersuchung der Ereignisse am 7. und 8. 10. 1989, eine öffentliche Stellungnahme des Ministers des Innern und des Ministers für Staatssicherheit sowie Pressefreiheit gefordert werden, unter Beifall verlesen.

Eine Lehrerin der 22. POS Berlin-Hellersdorf und andere Teilnehmer forderten zu radikalen Veränderungen des Bildungssystems in der DDR auf und nannten: Entideologisierung der Schulen, Trennung der politischen Arbeit von der pädagogischen Tätigkeit, Dialog zwischen Lehrern, Eltern und Ministerium für Volksbildung, Gründung einer Interessengemeinschaft der Lehrer.

Der Teilnehmer Dieter KREBS, der sich als Abgeordneter der Stadtbezirksversammlung Berlin-Prenzlauer Berg vorstellte, forderte unter Hinweis auf den in der DDR praktizierten "Wahlbetrug" einen Dialog zwischen allen Mitgliedern der Gesellschaft, einschließlich der Parteien, Massenorganisationen und der Mitglieder der SED, sowie die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes.

Ein weiterer namentlich bekannter Teilnehmer rief zur Überprüfung von Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit auf.

Ein anderer Teilnehmer kündigte die Gründung eines autonomen Studentenbundes an (17.10.1989, 10.00 Uhr, im Innenhof der Humboldt-Universität Berlin.)

Durch die BIRTHLER wurden die Teilnehmer auf folgende Veranstaltungen hingewiesen:

- 16. 10. 1989, 18.00 Uhr Fürbittgottesdienst für die Inhaftierten in der Gethsemanekirche Berlin.
- 16. 10. 1989, 19.00 Uhr Fürbittgottesdienst für die Inhaftierten in der Erlöserkirche Berlin.

Gleichzeitig forderte sie zur Unterschriftsleistung unter einen am Eingang der Kirche ausgelegten "Offenen Brief" an den Oberbürgermeister der Hauptstadt der DDR, Berlin, auf, wovon viele Personen Gebrauch machten. Darin wird eine öffentliche Untersuchung der Vorkommnisse am 7. und 8. 10. 1989 gefordert (der Wortlaut des "Offenen Briefes" wird als Anlage 2 beigefügt).

Aus den "Thesen für eine Reform der Massenmedien der DDR" von bestimmten Kräften des Berliner Schriftstellerverbandes

Die Verfasser untergliedern ihr Pamphlet in folgende Unterpunkte:

1. Zur Kritik der Massenmedien
 2. Welche Thesen müssen permanent diskutiert werden
 3. Welche organisatorischen Veränderungen der Massenmedien sind notwendig
 4. Wie kann die Qualität des Zeitungs-, Funk- und Fernsehjournalismus erhöht werden.
- Die angestrebte politische Zielstellung soll an nachgenannten konzeptionellen Vorstellungen der Pressekommission verdeutlicht werden:
 - Wie können und müssen die beiden deutschen Staaten im Herzen Europas sich so weit wie möglich annähern, ohne die jeweilig andere Gesellschaftsordnung eliminieren zu wollen?
 - Welche Gesellschaftskonzeption benötigt die DDR bis zum Jahre 2000, um einen modernen, attraktiven, alternativen Sozialismus mit allen Bevölkerungsschichten zu gestalten. Ist hier eine grundsätzliche Kurkorrektur nötig?
 - Wie könnte ein Stufenplan zur Reform des DDR-Sozialismus aussehen. In welcher Reihenfolge müssen die Reformen und in welcher Art und Weise, mit welchen Konzeptionen erfolgen?
 - Wie muß die Staats- und Rechtsordnung umgestaltet werden?

- Brauchen wir unter Umständen wirklich neue Parteien und Organisationen?
- Wieviel Planwirtschaft brauchen wir, um sozialistische, gesamtgesellschaftliche Steuerung durchzusetzen, wieviel Marktwirtschaft und Kooperation mit dem Westen?
- Wie müssen und können alle kulturellen und künstlerischen Institutionen reformiert werden, um sie autonomer, selbstverantwortlicher und damit schöpferischer zu machen?

Die Kommission betrachtet folgende organisatorische Veränderungen der Massenmedien für notwendig:

- Rundfunk- und Fernsehanstalten sind in Körperschaften öffentlichen Rechts umzuwandeln, um sie von Staat und Partei unabhängiger zu machen.
- Es sind Rundfunk- und Fernsehbeiräte zu gründen, die sich aus Vertretern aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen zusammensetzen, einschließlich neuer Gruppierungen.
- Es müssen auch private Funk-, Schallplatten-, Fernsehstudios und Videoproduktionen möglich werden.
- Die Ausbildung der Journalisten ist entscheidend zu verbessern. Dabei ist mit westlichen Medien kritisch zu kooperieren.
- Es ist in den großen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu sichern, daß die Journalisten unabhängiger, ohne Zensur arbeiten können.

An den
Berliner Oberbürger-
meister Krack
Rotes Rathaus
Jüdenstr. 1 - 9
Berlin
1026

Berlin, den 15. Okt. 1989

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Krack,

In diesen Oktobertagen kam es in Berlin zu massiven Verletzungen der Bürgerrechte.

Hunderte von Bürgern haben sich in Arbeitskollektiven und Bekanntenkreisen darüber beschwert, wie sie oft länger als vierundzwanzig Stunden festgehalten, gedehmütigt und mißhandelt wurden.

Aufgrund zahlreicher Anfragen von Demonstranten und Zuschauern, die polizeiliche Gewalt erfahren haben, fordern wir die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufklärung von in diesem Zusammenhang aufgetretenen Rechtsverletzungen.

Diese Untersuchungskommission sollte unseres Erachtens folgende Zusammensetzung haben:

Vertreter von Bürgerinitiativen zur demokratischen Erneuerung, Rechtsanwälte, Vertreter des Generalstaatsanwaltes und des Bezirksgerichtes Berlin, der Bezirksbehörde der Volkspolizei und des Magistrats.

Nach Bedarf müßten weitere Institutionen hinzugezogen werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen müssen veröffentlicht werden.

Ziel der Kommission muß es sein, die rechtswidrigen Übergriffe festzustellen und zu verhindern, daß sich künftig ähnliches wiederholen kann.

Das Vertrauensverhältnis von Bürgern und staatlichen Organen soll wieder hergestellt werden.

Gewalt und Einschüchterung sind keine geeignete Voraussetzung für den jetzt von allen Seiten geforderten demokratischen Dialog.

Für die Berliner Initiativgruppe
des "Demokratischen Aufbruchs"

gez. Axel Grote, Diederhoferstr. 8, Berlin, 1055
gez. Erhart Neubert, Wilhelm-Pieck-Str. 43, Berlin, 1054
gez. Rudi Pahnke, Georgstr. 14, Borgsdorf, 1404
gez. Paul Werner Wagner, Pintschstr. 13, Berlin, 1034
gez. Thomas Welz, Bänschstr. 83, Berlin, 1035
gez. Christiane Ziller, Senefelderstr. 2, Berlin, 1058
gez. Rainer Eppelmann, Samariterstr. 27, Berlin, 1035